

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Aut. Rose, Grafschaft & Postamt
G. L. Dabke & Co., Juvalionbank

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 32

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Festtagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Buchläden.

Freitag, 13. Januar.

Inserate, die weniger als 100 Zeichen umfassen,
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an besetzte
Stelle entweder höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

19. Sitzung vom 12. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht folgende Interpellation
Auer (Soz.) und Gen.:

"Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedachten sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhan-
denen Notstande entgegenzuwirken, welcher in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeits-
löhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse, in den weitesten Volksfreien herrschte?"

Abg. Liebknecht (Sd.): "Ab und zu habe ich wohl gelesen, wir wollten aus unserer Interpellation nur politisches Kapital schlagen. Aber im Allgemeinen begegnet sie leider schlechten Beurtheilung. Daß ein allgemeiner Notstand, durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen, besteht, läßt sich ja auch nicht leugnen. Mindestens ein Fünftel der größeren Städte hat ihn anerkannt. Städte, wie Chemnitz, das sich ganz ablehnend verhält, bilden die Ausnahme. Ein Beweis dafür, daß ein Notstand besteht, bildet auch der Umstand, daß die Sparkasseninlagen sich in der letzten Zeit erheblich vermindert haben. Auch der Mittelstand hat sich gezwungen zu gegeben, seine Ersparnisse zu erheben. Einen weiteren Beweis bilden die Zunahme der Zwangsverkäufe. Auch die Berichte der Fabrikinspektoren beleuchten die Notlage des Volkes, seine Wohnungsnöthe und Ähnliches. Hier kann die Privatwohlthätigkeit nichts helfen. Die öffentliche Fürsorge muß eintreten; denn das Reich hat ein Interesse daran. Wir haben es nicht mit einem lokalen, ja nicht einmal bloß nationalen, wir haben es mit einem internationalen Nebel zu thun, das auch nicht von vorübergehender Natur ist. Diese Erscheinungen gehen aus dem heutigen Organismus der Gesellschaft hervor. Das beweist die starke Arbeitslosigkeit in allen Ländern: in Holland, England, Amerika, Spanien. Es ist soweit gekommen, daß diese Zustände innerhalb unserer Gesellschaft chronisch geworden sind. Von der Krise sind alle Kreise ergriffen. Sie konnte bei der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise nicht ausbleiben. Diese vernichtet den Mittelstand und macht den Arbeiter zum Sklaven. Durch die technische Verbesserung der maschinellen Einrichtungen ist es möglich geworden, daß eine geringere Zahl der Arbeiter heute dasselbe leistet, wie noch vor einigen Jahren eine größere Zahl. So geht es in allen Branchen. Durch die kapitalistische Produktionsweise kommt es darin, daß die Größen die Kleinen ausspielen. Das gilt auch von der Landwirtschaft. Die Folgen des Kapitalismus haben sich nicht bloß in den Ländern gezeigt in denen die Juden eine große Rolle spielen. Denn in England und Amerika, wo sie fast gar keine Rolle spielen, haben sich die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise besonders erschreckend gezeigt. Das deutsche Reich wird sich ein großes Armuthszeugnis ausstellen, wenn es gegenüber einem so allgemeinen Notstand sagt: non possumus. Hier heißt es: hic Rhodus hic salta. Mit den bisher angewandten Mitteln richtet man nichts aus. Der staatlich eingeführte Arbeitsnachweis würde die Notlage wesentlich mildern. Die das Volk drückenden Kornzölle müssen beseitigt werden. Die bisherige Sozialgesetzgebung reicht nicht aus; denn noch ist nicht der Normalarbeitsstag eingeführt und das Bischen Sonntagsruhe wird auf jede Weise beschrankt. Man schreibt dem deutschen Staat eine Führerrolle in der sozialen Gesetzgebung zu. Wie wenige diese führende Stellung bedeutet, beweist der Umstand, daß der Streik im Saarrevier, in einem staatlichen Revier, möglich geworden ist. Es muß eine schwere Schuld vorliegen; denn in letzter Zeit wird sich kein Familienvater zum Streik hinreißen lassen, es müßte denn bittere Not oder furchtbare Ingrimm die Veranlassung sein. Nach dem, was bisher aus den Arbeitsordnungen bekannt geworden ist, kann man begreifen, daß Ingrimm entsteht. Die Behörden sind den Arbeitern nicht genug entgegen gekommen; ihr Ultimatum ist: erst unterwerft euch, dann werden wir mit euch verhandeln. Das ist echt russisches System. Man hat Gewagungen darüber angestellt, ob man nicht den Arbeitern gegenüber zu mild gewesen ist, ob man nicht umkehren müsse. Ja, umkehren muß man, aber von dem bisherigen falschen Weg; denn die Existenz Deutschlands hängt von der Existenz des deutschen Volks ab. Der Friede kann nur gebracht werden durch vertrauliche Organisation der Arbeit. Geht sie das nicht von oben durch eine vernünftige Sozialpolitik, dann wird es von unten heraus durch die Arbeiterklasse geschehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)"

Staatssekretär Dr. v. Voetticher: Der Vorredner hat sich in seiner Begründung auf so allgemeine und so wichtige, das ganze wirtschaftliche Leben berührende Fragen eingelassen, daß es unmöglich ist, im Rahmen einer Interpellation diese Fragen erschöpfend zu behandeln und ihm zu sagen, welches von den vorgeschlagenen Mitteln, um die frische Zeit zu verbessern, bei der Regierung Annahme finden wird. Eine Reihe seiner Vorschläge sind bereits früher berathen worden, sie haben weder die Mehrheit im Hause erhalten, noch die Aussicht erlangt, von den verbündeten Regierungen accepptiert zu werden. Ich zweifle nicht daran, daß wir noch öfter darauf ausmerksam gemacht werden, den Normalarbeitsstag einzuführen, die Kinderarbeit abzuschaffen, die Arbeit nahtlich zu organisieren. Dann wird sich Gelegenheit finden, den Standpunkt der Regierung klarzulegen. Nun hat der Vorredner ein so düsteres Bild von der wirtschaftlichen Lage gegeben, daß, wenn dasselbe der Wirklichkeit entspräche, die Veranlassung vorliegen könnte, die Reichsinitiative in Bewegung zu setzen. Die Beseitigung von Notständen ist zunächst Sache der Landesregierungen und der Kommissionen. Aus der Thatiache nun, daß bisher von seiner Seite an die Regierung ein solches Ansinnen gestellt ist, ziehe ich den Schluß, daß nirgends im deutschen Reich ein Notstand besteht (Nurche bei den Sozialdemokraten, Rufe: Hört! hört!) Sie werden noch mehr hören! Die Ausführungen des Vorredners sind ohne Beweis geblieben. Ich werde Ihnen den Nachweis führen, daß das von ihm gezeichnete Bild unmöglich richtig sein kann; denn davon wäre es eben nicht möglich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in der relativ günstigen Lage befinden, wie es tatsächlich der Fall ist. Herr Liebknecht hat sich berufen auf die zahlreich jetzt abgeholten Versammlungen von Arbeitslosen, auf die Reden, die dabei

gehalten wurden, und auf die Wünsche, die da ausgesprochen wurden. Ob diese Versammlungen lediglich den Verlauf genommen haben, daß es sich dabei einschließlich um die Frage handelt, wie dem alten Notstand abzuhelfen ist, ist mir recht zweifelhaft. In einer kürzlich hier in Berlin abgehaltenen Versammlung von Arbeitslosen handelte es sich um nichts anderes als um eine Jubelrede auf die Sozialdemokratie und um eine Resolution, daß von der Sozialdemokratie allein Hilfe zu erwarten sei. Der einzige praktische Vorschlag, man möge sich an den Minister für öffentliche Arbeiten wenden, ist in der Minorität geblieben. (Hinterhältig bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Kein Notstand!) Die Herren geben mir also zu, daß jene Versammlung lediglich eine politische war. An anderen Orten ist dieselbe Wahrnehmung gemacht worden. Deshalb werden wir durch die Thatiache, daß jetzt an vielen Orten solche Versammlungen abgehalten werden, nicht zu der Annahme gezwungen, daß die Arbeitslosigkeit eine außerordentlich verbreite ist. Ich erkenne an, daß augenblicklich ein Notstand in dem Sinne vorliegt, wie wir auch früher schon Notstandsperioden gehabt haben. Die Frage jedoch, sind diese Notstände solcher Art, daß außerordentliche Maßregeln der Regierung notwendig werden, muß ich verneinen. Die Nachrichten über die Entwicklung unserer Industrie ergeben für das verschlossene Jahr ein ungünstiges Resultat. In den wichtigsten Industriearbeitsmärkten Deutschlands ist unser Export recht beträchtlich gestiegen. Der Vorredner hat zum Beweise seiner Behauptung, daß der Notstand ein sehr intensiver sei, die Ergebnisse der Sparkassenverwaltung herangezogen. Er hat dabei wahrscheinlich an die Zusammenstellung der Ergebnisse der Sparkassenverwaltung in Preußen gedacht, von der ich zugebe, daß sie in jüngster ungünstig ist, als der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben nicht in demselben Maße gestiegen ist, wie früher. Allein diese Errscheinung ist keineswegs allgemein. Das Königreich Sachsen liefert wesentlich bessere Resultate. Man kann auch die Statistik nicht bloß auf ihre Zahlen ansehen, sondern man muß ihnen auf den Grund gehen. Dann kommt man darauf, daß im vergangenen Jahr eine große Anzahl von Sparkassen ihren Zinsfuß reduziert hat, und daß daraus eine starke Verminderung der Einnahmen erfolgte. Ich halte es für gut und nützlich, den Behörden eine ausführliche Verfolgung der Notstandsfrage ans Herz zu legen, daß sie, wo wirklich Not hervortritt, ernstlich bemüht sein mögen, dieser Not dadurch abzuhelfen, daß sie für lohnende Beschäftigung sorgen. In dieser Beziehung ist in einer ganzen Reihe von Fällen bereits Fürsorge getroffen. Man ist sogar so weit gegangen, für gewisse öffentliche Arbeiten Mittel zur Disposition zu stellen, um der Not entgegenzutreten, so z. B. in Sachsen. Bisher ist von den Mieteln noch kein Gebrauch gemacht worden. Der Vorredner hat weiter den Versuch gemacht, die Schuld für den Notstand im Saarrevier der preußischen Verwaltung zuschreiben. Ich muß aber sagen, daß mir ein ungerechter und unüberlegterer Ausstand, wie der Saarbrücker, noch nicht vorgekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es geht nicht so weit, wenn dieser Streik geradezu als ein frivoler bezeichnet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Denn vergegenwärtigen Sie sich: Forderungen an die Bergwerksverwaltung, die durch den Streik erzwungen werden sollten, sind nicht gestellt. Der Streik ist aus heiterem Himmel eines Tages ausgebrochen unter Hintansetzung jedes Rechtsgefühls, und von einer Kündigung der Arbeiter, welche die Arbeit einstellen wollten, ist nicht die Rede gewesen. Diese Arbeiter werden dafür verantwortlich zu machen haben diejenigen Personen, welche als die Provokatoren dieses Streits anzusehen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Auf bei den Sozialdemokraten: Beamte! Ich kann nur an die Herren von der Sozialdemokratischen Partei die Bitte richten: wenden Sie Ihren ganzen Einfluß auf. (Auf bei den Sozialdemokraten: das ist ja geschehen!) damit nicht all der Jammer, das Elend und die Not, die durch einen Streik hervorgerufen werden, zum zweiten Mal über die Häupter der Provokatoren kommt. Sorgen Sie dafür, daß den Leuten klar gemacht wird, daß Rechtsbruch und Verleugnung der Rechtstreue und Auflösung gegen die Staatsgewalt in unserm Lande keine Aussicht auf Erfolg haben. Wenn Sie dieser modernen Aufforderung folgen, dann werden Sie das Beste geben haben, was Sie in diesem Augenblick zur Beseitigung des Notstandes thun können. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Fchr. v. Stumm (Rp.): Es ist ein gewisser Notstand vorhanden, daran sind aber die Sozialdemokraten schuld, welche mit ihren Theorien die Massen aufregen. Die Sozialdemokraten haben auch zum Streik angeregt, wenn sie es auch nicht zugeben wollen. Man kann sich keine größere Anreizung als die Rode des Herrn Liebknecht denken. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Streik im Saarbrücker Revier ist der frivole einer; dort haben die Sozialdemokraten auch ihre Hand im Spiel gehabt, wenn es auch vielleicht Salonsocialisten waren. (Hinterhältig.) Die Bergleute sind verwöhnt worden, jetzt kommt der Rückschlag. Die Löhne im Saargebiet sind die höchsten, die überhaupt in Deutschland gezahlt werden. Der letzte Streik soll lediglich eine Kraftprobe sein, das geht auch aus dem ersten Aufruf der Bergleute hervor. In Westfalen hatte man bis dahin gar nicht an einen Ausstand gedacht. Der Rechtsschutzverein, der immer sozialdemokratischer geworden ist, hat die Hauptschuld an dem Ausstand. Mit Unrecht hat derselbe Einpruch gegen die zwangsläufige Arbeitsordnung erhoben. Es werden in ihr den Arbeiterausschüssen nicht bloß gutachtliche, sondern autoritative Beschlüsse eingeräumt. Der Rechtsschutzverein möchte am liebsten haben, daß die Arbeitsausschüsse sein Organ seien. Die Regierung hat unrecht gehandelt, indem sie solche Bestrebungen nicht von vornherein mit der nötigen Energie unterdrückt hat. Die Mitglieder des Rechtsschutzvereins haben die Bergleute, die arbeiten wollten, terroristisiert, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günstig gewirkt. Das hindert aber freilich nicht, daß viele Leute, die es gern hätten, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen aus Angst vor dem Terrorist, ja sie haben sie auf dem Wege zur Arbeit angefallen, und geobligiert anzufahren. Die Polizei hat ihre Pflicht getan, und die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten hat günst

die Verwaltung allein die Verantwortung zu tragen, und demgemäß muß sie auch freie Hand haben. Das nötige Selbstbewußtsein kann die Behörde nicht haben, wenn ihr auf Schritt und Tritt vorgeschrieben wird, was sie zu machen hat. Ich habe ihr Programm genehmigt, und sie muß nun allein wissen, was sie zu thun hat. Die Autorität der dortigen elf Grubendirektoren stelle ich augenblicklich doch höher als das Urtheil der dortigen Industriellen. Hatte man die Absicht, eine dauernde Enthaltung der Störenfriede vorzunehmen, so war der Weg des Herrn v. Stumm ganz unmöglich. Ich kann also nur bitten die Stellung der Bergwerksverwaltung nicht vor der öffentlichen Meinung und den Streitenden gegenüber zu gefährden. Die Maßnahmen der Verwaltung haben zu einer schriftlichen Abnahme des Streiks geführt; durch die ruhige und kühle Haltung der Direktion ist es erreicht, daß die Vernunft den Leuten wieder zurückkommt, und daß der Streik in wenigen Tagen beendet sein wird. Daß er nicht beendet werden wird durch ein Nachgeben der Bergwerksdirektion gegenüber den leichtfertigen Streikern und den verbrecherischen Hexern, das kann ich heute schon versichern. (Bravo rechts.)

Abg. Frhr. v. Pfetten (Btr.) bestreitet das Vorhandensein eines eigentlichen Notstandes. Deshalb habe das Reich keinen Grund zum Einschreiten. In der Landwirtschaft sei freilich ein Notstand vorhanden. Der Landwirt leide unter der starken Abnahme des Fleischkonsums. Erfreulich sei es, daß sich heute Niemand gegen die Getreidepreise gewandt habe. Von erheblicher Bedeutung für die Landwirtschaft sei die Annahme der vom Zentrum eingebrochenen sozialpolitischen Gesetzentwürfe, besonders die Aenderung der Gewerbeordnung.

Ein Beratungsantrag wird angenommen.

Personlich bemerkte

Abg. Frhr. v. Stumm gegenüber dem preußischen Handelsminister, daß er weder der Bergwerksverwaltung die Schuld an dem Streik beigelegt, noch auch behauptet habe, der Industrie liege an der schnellen Beilegung des Streiks etwas.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Weiterberathung der Interpellation, Brannweinsteuervorlage.) Schluss 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 12. Januar, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme von Vorlaufen der Staatsregierung.

Finanzminister Dr. Miguel: Ich habe die Ehre, dem Hause vorzulegen: die allgemeine Rechnung von 1889/90, die Übersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1891/92, und endlich die beiden Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats pro 1893/94 und betr. die Ergänzung der Einnahmen für dasselbe Jahr. Ich möchte mir gestatten, die Vorlagen in ihrem Zusammenhange mit einigen Erläuterungen zu begleiten. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 1835 490 460 M., in Ausgabe im Ordinarium mit 1844 803 207 M., im Extraordinarium mit 49 291 201 M., zusammen also mit 1894 097 460 M., so daß es also ein Fehlbetrag von 58 600 000 M. zu deinen bleibt. Bei dem unerfreulichen Zustande, daß wir zum ersten Male wieder genötigt sind, den Etat durch eine Anleihe zu balancieren, müssen wir uns darüber klar werden, daß in den Betriebsverwaltungen, namentlich nach Verstaatlichung der Eisenbahnen, die eine entscheidende Stellung in unserer Finanzverwaltung einnehmen, außerordentliche Schwankungen stattgefunden haben. Der gegenwärtig vorgelegte Etat gibt ein Spiegelbild der allgemeinen gewerblichen Entwicklung. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Minderertrag von 29 Millionen auf, die Bergwerksverwaltung ist veranschlagt mit einem Minderüberschuss von 3 Millionen. Daneben sind die Überweisungen aus dem Reiche in einem sehr starken Rückgang; es beträgt die Matrularumlage, welche wir dem Reiche leisten müssen, 23 074 000 Mark mehr. Bei solchen plötzlichen Einnahmeverminderungen und bei der starken Vermehrung der Ausgaben auf der anderen Seite können die regulären Einnahmen des Staates nicht zureichen, und daraus ergiebt sich, daß wir extraordinaire zur Deckung zu Hilfe nehmen müssen. Wenn wir auf die Vergangenheit zurückblicken, so finden wir in einzelnen Jahren Einnahmeschwankungen bis zu 50 Millionen Mark. Vom Jahre 1886/87 an haben sich die Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung, wenn auch nicht außerordentlich, so doch in einem immerhin erheblichen Rückgang befunden. Daraus wird man aber die Überzeugung gewinnen können, daß bei Wiederaufleben der allgemeinen gewerblichen Verhältnisse auch die Einnahmen der Eisenbahnen wieder eine steigende Richtung nehmen werden. Wir werden auch erwarten müssen, daß es der Eisenbahnverwaltung auch gelingen wird, die Ausgaben möglichst zu vermindern und mit Wenigem möglichst viel zu leisten. (Bewegung).

Wenn ich nun zu den Ergebnissen des Jahres 1891/92 übergehe, so hat dieses ein Defizit gebracht von 44 900 000 M. Die Eisenbahnverwaltung allein weist einen Minderertrag gegen den Etat aus in Höhe von 59 Millionen Mark. Diesen stehen verdeckte Mehreinnahmen gegenüber, sowie Minderausgaben, so bei den "Zivilen"-Verwaltungen nur zwei bis drei Millionen Mark. — Fragen wir nun, wie sich das laufende Etatjahr stellen wird, so kann ich Günftigeres nicht in Aussicht stellen. Im Gegentheil, wir werden in diesem ein ebenso großes Defizit haben. Bei den Domänen ein 100 000 M. Einnahmen weniger, bei den Forsten etwa zwei Millionen Mark mehr, bei den indirekten Steuern ebenso viel weniger, bei den Bergwerken 5½ Mill. weniger und bei den Eisenbahnen 61 Millionen weniger Ertrag! Dagegen würden die Überweisungen aus den Böllen um fast 11 Mill. höher, die aus der Brannweinsteuer jedoch um 1 800 000 M. niedriger veranschlagt, und auch die aus der Stempelsteuer um 120 000 Mark niedriger. Auch die Überweisungen an die Kommunen werden um 9 400 000 Mark niedriger sein. Wir werden uns also in der That für das laufende Jahr auf wiederum ungünstige Resultate gefaßt machen müssen. Allerdings ist betreffs der Eisenbahnen zu bemerken, daß deren Minderüberschüsse nicht nur auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sind, sondern auch auf die Cholera. Hoffen wir, daß wenigstens dieser Grund für die Verschlechterung der Etatsergebnisse nicht wiederkehrt. In dem gegenwärtig vorgelegten Etat schlagen wir die Vermehrung der Posttelegrafe um 30 000 vor. Das Abgeordnetenhaus hat ja bisher niemals prinzipsiellen Widerspruch gegen die Posttelegrafe erhoben, und es handelt sich deshalb für uns darum, ob wir noch weiter dulden wollen, daß Hamburger Poste hier noch in großer Zahl gespielt werden, oder ob wir die Zahl unserer Poste vermehren wollen, so daß man bei uns nicht mehr in Hamburg zu spielen braucht. Der Minister geht jetzt auf die einzelnen Ressort-Etats pro 1893—94 ein und legt u. A. dar, daß die bei den Steuerreform-Vorlagen geschehene Veranschlagung der Erträge aus der lex Huene mit vierundzwanzig Millionen Mark pro Jahr eher noch zu hoch, als zu niedrig gegriffen erscheint. Auch führt er noch aus, daß das Gesetz über die Rentengüter schon jetzt in erheblichem Umfang zur Anwendung gelangt sei. Die Generalformulierung sei schon gegenwärtig im Befl. von 120 000 Heft. Im Einklang mit der ganzen wirtschaftlichen Lage der Industrien seien in letzter Zeit vielfach Arbeiter mit erwartetem Kapital aus dem Westen nach dem Osten zurückgekehrt. Das komme dem Erwerb von Rentengütern zu Gute. Er hoffe, daß diese segensreiche Ent-

wicklung ihren Fortgang nehmen werde. (Beifall rechts.) Auch die Aufführung von Debländereien, Meliorationen gerade im Osten werde sich die Generalformulierung angelegen sein lassen und er hoffe, den einschlägigen neuen Etatsforderungen werde das Haus gern zustimmen. (Beifall rechts.) Wenn Sie, so fährt der Minister fort, das Gesamtmodell des Etats ansehen, so werden Sie finden, daß dasselbe nicht erfreulich ist. Aber im Wesentlichen sind die Gründe dazu nur vorübergehender Natur. Aber freilich — nur im Wesentlichen. Denn es steht da auch Gründe dauernder Natur. Wir haben bisher unsere Ausgaben zu wenig bemessen im Verhältnis zu den Einnahmen. Vorausezung aller Heilung ist, daß wir den Dingen nüchtern ins Gesicht sehen, daß wir Klarheit haben. Die Höhe der Ausgaben, ihre Steigerung, liegt nicht allein an den Betriebsverwaltungen, sondern auch in unserem Verhältnis zum Reiche, die Gefahr liegt einerseits in den Schwankungen der Nebenschüsse unserer Betriebsverwaltungen und andererseits in den Schwankungen der Anforderungen des Reiches. Wir werden da im Bezug auf die Nebenschüsse der Betriebsverwaltungen planmäßige Organisationen schaffen müssen, welche solche Schwankungen verhindern. Das Gesetz von 1882 genügt da nicht. Und es wird zu überlegen sein, ob sich nicht auch unser Verhältnis zum Reich anders organisieren läßt. Außerdem wird man dem stetigen Drängen nach neuen, nicht unbedingt nothwendigen Ausgaben widerstehen müssen. Auch diesem Drängen seitens der Landesvertretung! (Zurufe links.) Man erinnert an die Militär-Ausgaben im Reiche. Ja, aber da ist doch zu bedenken, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung nothwendig und die erste Bedingung der Existenz, die Existenz selber ist. (Beifall rechts.) Zu unserem schmerzlichen Bedauern haben wir auf die Aufbesserung der Beamtenbeholzungen in diesem Etat verzichten müssen. Dagegen sollen die Altersstufen für die mittleren und unteren Kanzleibeamten zur Einführung gelangen, was sicher von unseren Beamten mit Freuden aufgenommen werden wird. Auch soll statt der Hilfsbeamten die Zahl der etatsmäßigen Stellen erhöht werden. Es ist das ein berechtigter Anspruch der betriebsverwaltungen, zumal nachdem wir durch die Altersversicherung für die Arbeiter gesorgt haben. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, die Stellen der Subaltern- und Kanzleibeamten stark zu vermehren. Diese Beamten sollen nach vierjähriger Dienstzeit zur definitiven Anstellung gelangen. Es wird dadurch eine große Quelle der Unzufriedenheit verstopft werden. Denn dieser Schritt, wenn er auch ein einmaliger ist, wird doch von dauernder Wirkung sein. Wir werden auch vor den höheren Beamten in dieser Beziehung nicht stehen bleiben. Was nun die geschäftliche Behandlung des Etats anlangt, so hoffe ich, daß Sie von denselben Gesichtspunkten ausgehen werden, wie die Regierung. Können Sie in dem Etat noch Ausgaben finden, die ohne Schädigung der Landeswohlfahrt gestrichen werden können, so werden Sie mich zu einer geneigten Erwägung immer bereit finden. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, bei näherer Betrachtung des Etats werden Sie finden, daß wir die Ausgaben für Landesmeliorationen ohne schwere wirtschaftliche Schädigung nicht herabdrücken können, zumal zu einer Zeit, wo die gewerbliche Entwicklung zu einem gewissen Stillstand gekommen ist. Wir dürfen nichts unterlassen, daß dieser Zustand sich nicht noch verschlimmere, und müssen deshalb Ausgaben, die wir in den nächsten Jahren doch würden machen müssen, möglichst in die Gegenwart verlegen. (Beifall.)

Nunmehr wird statt des verstorbenen Abg. v. Meyer-Arnswalde der Abg. von Manteuffel zum Mitgliede der statistischen Central-Kommission gewählt.

In dritter Berathung wird ferner der Stolgebühren-Gesetzentwurf für den Bezirk Kassel angenommen und das Gesetz betr. die katholischen Kirchengemeinde-Vorstände in zweiter Lesung.

Morgen 11 Uhr: Wahlgesetz.

Schluss 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 12. Jan. Die Liebknechtsche Brandrede gegen die heutigen Produktionszustände und die leidenschaftliche Stummsehe Anklagerede gegen die Sozialdemokratie, das sind die beiden Pole, zwischen denen sich die heutige Nothstandsdebatte des Reichstags bewegte. Wird der selbe Ton beibehalten, dann kann die morgige Fortsetzung dieser Verhandlung noch weit heftigere Zusammenstöße bringen. Man muss bis zu der Zeit zurückgehen, wo die Sozialdemokratie anfing, im Reichstage als politisch organisierte Partei aufzutreten, um ähnlich wütende Reden von beiden Seiten wie die heutigen zu finden. Dem sozialen Frieden dienen solche Zusammensetzungen, wie die heutigen, gewiß nicht, und die Frage ist nur, wer zur Untergrabung unserer Zustände mehr beiträgt, ob Liebknecht oder Stumm. Die Befürwortung drakonischer Unterdrückung in der Rede des Freiherrn von Stumm, die unbedingte Rechtslosigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter und das Verlangen nach einem neuen Sozialistengesetz, dies alles ist eine so maßlose Übertreibung, daß man sich nicht lange dabei aufzuhalten brauchte, wenn die Folgen nicht in vermehrter Verbitterung der Arbeitermassen hervortreten müßten. Es ist nötig, festzustellen, daß der Minister von Berlepsch nicht nur auf die liebenswürdigen Wünsche des Herrn von Stumm nicht eingegangen ist, sondern daß er den freikonservativen Heizsporn mit seinen Vorwürfen gegen die Saarbrücker Bergbehörden ernstlich in die Schranken zurückwies. Von gefährlicher Nachgiebigkeit gegen die in der That bedauerlich leichtfertige Streikbewegung, wird die Staatsregierung sich fernhalten können, auch wenn sie die sonderbaren Stummsehe Rezepte zu den Akten legt.

Der Kaiser hat seinen Aufenthalt in Straßburg bis zum Donnerstag Morgen ausgedehnt. Donnerstag Vormittag um 11½ Uhr traf der Kaiser bereits, da er wegen nachträglicher Absage einer anbefohlenen Truppenübung in Ettlingen, zeitiger als in Aussicht genommen, Straßburg wieder verließ, in Karlsruhe ein. Der Großherzog und die Prinzen des großherzoglichen Hauses empfingen den Kaiser am Bahnhofe. Der Kaiser fuhr darauf in Begleitung des Großherzogs nach dem Schloß. Der Bevölkerung Straßburgs hat der Kaiser für den ihm zu Theil gewordenen Empfang seine Befriedigung und seinen besonderen Dank aussprechen lassen.

Der Bunde srat hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen betreffend das Pfandrecht für die von Bodenkredit-Gesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen den Ausschüssen für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Abmilderung der Maß- und Gewichtsordnung wird dem Ausschuß für Handel und Verkehr überwiesen, der Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landeshaupts-Etats von Elsaß-Lothringen den Ausschüssen für Rech-

nungsweisen und für Elsaß-Lothringen. Dem Ausschusssberichte über den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen betreffend die Gewerbeaufsicht wurde zugestimmt.

Effen a. d. Ruhr, 12. Jan. Die "Rhein-Westf-Btg." erklärt die aus Dortmund verbreitete Meldung der "Nat.-Btg.", daß der Reichskanzler am Sonnabend Herrn Krupp einen Besuch abgelehnt habe, für unbegründet.

Lohr a. Main, 12. Jan. Dem "Lohrer Anzeiger" zufolge ist am Dienstag Mittag in Alt-Detting der Pater Aurelian gescorrten.

Zur Bergarbeiter-Bewegung.

Breslau, 12. Jan. Nach einer amtlichen Meldung ist der Streik im Kohlenrevier beendet. Zur Frühsicht waren alle Belegschaften angefahren. Zwischen der Bergaufsicht und den Bergleuten finden Unterhandlungen statt.

Dortmund, 12. Jan. Die "Dortmunder Union" stellte den Betrieb ihres Bessemerwerkes und ihrer Räderfabrik wegen Kohlemangels ein. Der Betrieb wird vorläufig bis Montag stillstehen.

Bochum, 12. Jan. Der Streik hat hier nicht weiter um sich gearissen. Nach der "Volksztg." dürfte sich die Zahl der Ausständigen im ganzen Revier auf ungefähr 10 000 belaufen.

Effen a. d. Ruhr, 12. Jan. Die "Rhein-Westf-Btg." meldet über die Lage im Oberbergamtssbezirk Dortmund, daß über 20 000 Mann sich im Ausstand befinden. Auf den meisten der von dem Streik betroffenen Zechen würde nur noch eine Schicht verfahren, da die Nachmittags- und die Morgenschicht zusammengelegt seien. Auf der Zeche "Louise-Tiefbau" bei Dortmund sei die ganze Belegschaft im Ausstand; die Bergleute des Geche "Reus-Vorlohn" der Harpener Gesellschaft sei heute Nachmittag in den Streik eingetreten.

Köln, 12. Jan. Wie die "Köln. Btg." meldet, herrscht seit Beginn der Woche ein reger, vielfach sogar dringender Begehr nach Kohlen; es macht sich eine allgemeine Preisseigerung bemerkbar, welche sich auf 1 bis 1½ M. pro Tonne bezieht. — Die Zahl der Ausständigen auf den 31 vom Ausstand betroffenen Zechen des Kuhgebietes beläuft sich insgesamt auf 20 656.

Caarbrücken, 12. Jan. Die in der gestrigen Versammlung der Grubenausfälle und Knapphafitsäften gewählte neue Deputation der Ausständigen telegraphierte durch den Bergmann Peter Schäfer gestern Abend an den Vorsitzenden der Bergwerksdirektion, Geheimrat v. Belsen, und fragte wegen Unterhandlungen an. Geheimrat v. Belsen ließ der Deputation antworten, daß er Unterhandlungen ablehne, daß er aber bereit sei, die Deputation anzuhören, falls dieselbe nur aus aktiven, noch zur Belegschaft gehörigen Bergleuten besteht. Die Bergleute, welche bereits den Abfehrlieb erhalten haben, zählen nicht mehr zur Belegschaft und würden deshalb auch nicht angenommen.

Gelsenkirchen, 12. Jan. Gegen 200 Bergleute der Grube "Hibernia", welche drei Schichten gefeiert hatten, erhielten Nachmittags die Abfehrlieb. Auf allen Zechen, auf denen seither gestreikt wurde, ist eine fortwährende Zunahme der Anfahrenden bemerkbar.

Bergedorf, 12. Jan. Die Belegschaft der Zeche "Helene Amalie" ist heute Morgen in den Streik eingetreten.

Telegraphische Nachrichten.

Sigmaringen, 12. Jan. Der Kaiser hat, wie verlautet, dem Ministerpräsidenten Catargi den Roten Adlerorden I. Klasse verliehen.

Danzig, 11. Jan. Der Kommandant von Danzig, Generalmajor v. Malotki-Trzebiatowski, ist heute Nachmittag in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

Kiel, 12. Jan. Die deutschen und dänischen Postdampfschiffe haben bis auf Weiteres des Eises wegen ihrer Fahrten zwischen Kiel und Korsör eingestellt.

Hamburg, 12. Jan. Die Cholera-Kommission des Senats macht bekannt, daß bei einem arbeitslosen, am 7. Januar in Haf genommenen Fischer, welcher unter verdächtigen Symptomen erkrankte, heute Cholera-Bazillen nachgewiesen sind.

Lübeck, 12. Jan. Der heisige Hafen ist des Eises wegen vorläufig geschlossen.

Wien, 12. Jan. Nach einer Meldung der "Presse" aus Belgrad wurde bei der Wahl eines Mitgliedes der Akademie der Wissenschaften Garaschanin mit 10 gegen 4 Stimmen gewählt. König Milan und der Fürst von Montenegro erhielten je 3 Stimmen.

Wien, 12. Jan. Der Humorist Daniel Spitzer ist gestern in Meran gestorben.

Pest, 12. Jan. [Abgeordnetenhaus] Bei der Berathung des Budgets erklärte der Ministerpräsident Dr. Wekerle auf eine Anfrage Helfys, die Vereinbarungen mit der Banffengruppe betreffs der Konvertirungen und der Emission von Kronentitres sei abgeschlossen. Die Sicherheit der ungarischen Papiere hätte einen höheren Kurs als 91 gerechtfertigt, allein ein höherer Kurs sei nicht zu erreichen gewesen, und er habe das größte Gewicht auf eine glatte und ruhige Durchführung der Valutaregelung gelegt. Im Laufe der weiteren Budgetberathung erklärte der Finanzminister Dr. Wekerle im Betriff der Kuponkürzung Seitens der österreichischen Staatsbahn, er sei nicht berufen, auf die Regelung der Kuponangelegenheit einer Eisenbahn Einfluß auszuüben und in Bezug darauf Ausklärungen zu geben, zumal jene Gesellschaft keine ungarische sei. Er höre übrigens mit Bevredigung, daß eine friedliche Applikation des Kuponprozesses im Werke sei; er entschalte sich jeder Meinungsäußerung, um nicht eventuell die Entscheidung der Gerichte zu beeinflussen. Auf den Kredit des ungarischen Staates habe die Kuponkürzung keinerlei Einfluß ausgeübt.

Petersburg, 12. Jan. Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird der Einfuhrzoll auf rohe Baumwolle auf 140, resp. 155 Goldkopeken per蒲d erhöht.

Reval, 12. Jan. Die heisige Kommunalwahlen, welche nach den neuen Vorschriften vorgenommen wurden, verliefen in bester Ordnung. Die neue Stadtverordneten-Versammlung wählte das bisherige Stadthaupt Baron Maydell wieder.

Kopenhagen, 12. Jan. Heute Abend geht kein Schiff von Korsör nach Kiel.

Kopenhagen, 12. Jan. Heute fand in dem neu erbauten Crematorium die erste Leichenverbrennung statt. Der am 9. d. M. verstorbenen Bureauchef des Reichstags, Dessa, wurde auf seinen Wunsch durch Feuer bestattet.

Westerwif, (Schweden) 12. Jan. Eine heisige große Fabrik von Streichhölzern ist vollständig niedergebrannt. 9 Arbeiter erlitten schwere Verbrüderungen.

Bern, 12. Jan. Das Handels-Amtsblatt teilt mit, daß in der nächsten Zeit ein neuer schweizerischer Meistbegünstigungsvertrag mit Rumänien zum Abschluß gelangen und gleichzeitig mit den Verträgen mit England und Italien dem rumänischen Parlament unterbreitet werden darf.

Paris. 12. Jan. [Deputirtenkammer.] Der neu gewählte Präsident Casimir Périer eröffnet die Sitzung mit der üblichen Antrittsrede und äußert in derselben, die Schwächen einzelner Personen könnten die Republik nicht berühren, welche die begangenen Fehler zu ahnen wissen werde. — Hubbard begründet seine Anfrage an die Regierung, ob dieselbe nicht Willens sei, den Termin zur Vornahme der allgemeinen Wahlen auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen und beleuchtet die gegenwärtige Lage, die selbe sei kompliziert genug, um die Festsetzung eines früheren Termins für die allgemeinen Wahlen notwendig zu machen. Cliché (Boulangist) fordert die Auflösung des Parlaments und die Einberufung einer Konstituante. Der Ministerpräsident Ribot erwidert, man müsse der Justiz ihre völlige Unabhängigkeit und alle Mittel zur Ausübung ihrer Tätigkeit lassen, damit sie das begonnene Werk zu Ende führen könne. Die Justiz werde vor seiner Rückicht auf Personen Halt machen. Für den Fall, daß die Frage des Staatsgerichtshofes aufgeworfen werden sollte, sei das Recht der Kammer gewahrt. Wenn die Kammer die Panama-Angelegenheit ihren freien Lauf nehmen lasse, werde dieselbe seitens der Justiz ihre regelrechte Erledigung finden. (Beifall.) Die Kammer müsse ihre gewohnten Arbeiten wiederaufnehmen und die Justiz ihr Werk ausführen lassen. Wenn die Republikaner vor das Land treten würden, könnten sie es vertrauenvoll thun, indeß es sei unmöglich, jetzt den Tag dafür festzulegen. (Beifall.) Die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung wird mit 329 gegen 26 Stimmen genehmigt. Auf Ribots Wunsch wird die Eröffnung der Budgetdebatte auf Montag festgesetzt.

Paris. 11. Jan. [Panama-Prozeß.] Der Experte Flory erläuterte die Schlusfolgerungen seines Berichtes dahin, daß Eiffel 23 Millionen auf seine bisherigen Unternehmungen in Empfang genommen, davon aber nur etwas über 4 oder 5 Millionen auf Arbeiten und ebensoviel als Kommission an seine Theilnehmer verwandt habe. Nach längeren Erörterungen zwischen dem Präsidenten und dem Experten über die Rolle der Unternehmer wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Paris. 11. Jan. Die „Union sozialiste“ veröffentlicht ein in bestigen Ausdrücken abgefaßtes Manifest, in welchem es heißt, der Opportunismus gehe zu Grunde an dem in Fournies vorgenommenen Blute und an den Panama-Börsen, welche das Vaterland und die Republik zu zerstören drohten. Rettung könnte nur vom den Arbeitern kommen und von der Organisation einer Volksregierung vermittelt werden. Am nächsten Sonnabend soll ein großes Volksmeeting zur Ratifikation dieses Manifestes stattfinden.

Paris. 12. Jan. Ribot hat dem Kommandanten des Nord-Geschwaders, Admiral Lefèvre, das Marine-Portefeuille angeboten. Der Admiral hat das Anerbieten noch nicht beantwortet.

Paris. 12. Jan. Das Journal „Libre Parole“ meldet unter Vorbehalt, daß Eiffel verhaftet sei.

Paris. 12. Jan. Dem Vernehmen nach wird ein früherer Minister, der jetzt der Deputirtenkammer als Mitglied angehört, demnächst die Regierung in der Kammer darüber appellieren, welche Rolle Bourgeois im Jahre 1888 als Unterstaatssekretär Floquets hinsichtlich der damaligen Gepflogenheiten der Regierung bei der Vertheilung der Panamagelder gespielt habe.

Die Panama-Untersuchungs-Kommission beschloß die Vorladung der Banquiers, die mit Arton in Verbindung gestanden haben und daher über dessen Operationen Aufschluß geben könnten.

Paris. 12. Jan. Die Panama-Untersuchungs-Kommission nahm heute noch mehrere Ingénieurs, deren Aussagen jedoch nichts Neues ergaben. Zwei Inhaber von Panama-Obligationen sagten aus, sie hätten ihr Geld in das Panamakanal-Unternehmen gestellt, weil Charles Lefèvre die feierliche Versicherung gegeben habe, daß der Kanal im Jahre 1890 eröffnet werden würde. Schließlich wurde noch ein ehemaliger Ingenieur der Panamakanal-Gesellschaft vernommen, der eine Flugschrift gegen den Bau des Kanals gerichtet hatte. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Paris. 12. Jan. [Panama-Prozeß.] Der Zuschauerraum ist überfüllt. Der Sachverständige Rossignol, welcher als erster die Bücher der Panama-Gesellschaft prüfte, machte seine Aussagen. Der Präsident bemerkte, es scheine, daß die Rechnungsbelege, bevor sie dem Sachverständigen unterbreitet wurden, umgearbeitet wurden. Hierauf wurde der Liquidator Monchicourt vernommen.

Monchicourt hob hervor, die Panama-Gesellschaft sei immer zu weit gegangen, ohne ein Mittel zu finden, aus der unentwirrbarer Lage herauszukommen. Ferdinand Lefèvre habe den Einwendungen betreffs der Schwierigkeit des Unternehmens keinerlei Rechnung getragen und habe niemals gerechnet. Man müsse freilich den moralischen Zustand in Betracht ziehen, in welchem sich die Gesellschaft befand. Die gemachten Ausgaben erachtete Monchicourt für übertriebene.

Reinach und Levy Cremieux seien beauftragt gewesen, für gewisse Beihilfen Zahlungen zu leisten, aber Reinach habe einen großen Theil dieses Geldes behalten. Der Präsident sprach sich außerst missbilligend gegenüber Lefèvre wegen einer derartigen Handlungsweise aus.

Paris. 12. Jan. Admiral Lefèvre hat die Übernahme des Marine-Portefeuilles abgelehnt.

Das Gerücht über die Verhaftung des Ingénieurs Eiffel wird in unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet.

Paris. 12. Jan. Admiral Rieunier hat das Marine-Portefeuille angenommen. — An Stelle von Casimir Périer ist Peirat zum Vorsitzenden der Budgetkommission der Deputirtenkammer gewählt worden.

Panama-Prozeß. Rousseau erklärte über seine Stellung bei der Panama-Gesellschaft, Ferdinand von Lefèvre habe vom technischen Standpunkte aus einem tiefgehenden Einfluß auf die Leitung der Arbeiten ausgeübt. Er habe einen blinden Glauben an seinen Stern besessen, aber sein Zutrauen allein habe nicht für den Erfolg des Unternehmens hindurchgereicht.

Brüssel. 12. Jan. Die hiesige liberale Vereinigung hat in einer gestern hier veranstalteten allgemeinen Versammlung, in welcher die Anträge der Regierung betreffend die Verfassungsrevision geprüft wurden, einstimmig folgende Tagesordnung genehmigt: Die Vereinigung hält dafür, daß die Vorschläge der Regierung als Grundlage für ein patriotisches Einvernehmen zwischen den Parteien nicht in Erwägung gezogen werden können. Dieselben sind offenbar aus der Feindschaft gegen den demokratischen Liberalismus entsprungen und müssen daher durch die verschiedenen, für diese politische Anschauung

entretenen Organe mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Propaganda und Polemik bekämpft werden.

Serbstal. 12. Jan. Vor dem Hause eines Unternehmers fand heute Nacht eine Dynamit-Explosion statt. Der materielle Schaden ist bedeutend. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Madrid. 12. Jan. Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung mit der marokkanischen Frage und beschloß den Status quo energetisch aufrecht zu halten.

London. 12. Jan. Der „Times“ wird aus Philadelphia gemeldet, der Gesetzentwurf betreffend das Verbot der Einwanderung auf ein Jahr sei aufgegeben worden.

In einem Artikel über die Lage in Marokko bezeichnet die „Times“ die erfolgte Verhaftung der maurischen Wächter, welche der Ermordung des englischen Unterthanen Trinidad beschuldigt sind, als den ersten Erfolg der von Lord Rosebery gegenüber Marokko angenommenen entzündeten Haltung. Der englische Spezialgesandte Ridgeway werde auf seiner Reise nach Tangier von einem ausreichenden Aufgebot an Seemacht begleitet sein; andernfalls würden die Mauren gleich anderen im Niedergang befindlichen Völkerstaaten sich einbilden. England beabsichtige keine ernstlichen Schritte zu thun. Dieses Aufgebot an Seemacht werde jedoch keinen dauernden Charakter haben. Bei den Unterhandlungen mit dem Sultan von Marokko werde Ridgeway nicht die Initiative ergreifen, sondern die Anerbietungen des Sultans abwarten. Die letzteren würden angeht des entschiedenen Vorgehens Englands nicht auf sich warten lassen.

Belgrad. 12. Jan. Die provisorische Handelskonvention zwischen Serbien und England ist bis zum 13. Juli 1893 verlängert worden.

Washington. 11. Jan. Die Kommission des Repräsentantenhauses hat über den Gesetzentwurf betreffend die Verminderung resp. Aufhebung der monatlichen Silberankäufe ihrerseits einen zustimmenden Bericht erstattet. Die Bill wurde auf die Tagesordnung gesetzt.

Washington. 12. Jan. Auf Grund des vom Senate angenommenen Gesetzentwurfs betreffend die Quarantäne, werden alle Konsuln in den vom Schatzsekretär zu bezeichnenden Häfen und Städten angewiesen, wöchentlich über den Gesundheitszustand dieser Städte Bericht zu erstatten.

Berlin. 13. Jan. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird mitgetheilt, daß die in den Blättern veröffentlichten Berichte über die Neuherungen des Reichskanzlers in der Militärikommission keinerlei Authentizität besäßen, sie beruhten lediglich auf Hörensagen, enthielten erhebliche Irrtümer, an einzelnen Stellen sogar direkte Verlehrung der Worte des Reichskanzlers. So hätten die Berichte bezüglich Dänemarks, insbesondere aber bezüglich des Verhältnisses Deutschlands zu Russland, als Ansicht des Reichskanzlers erscheinen lassen, was er in Wirklichkeit als Anschauung deutschfeindlicher Elemente des Auslands wiedergegeben habe.

Berlin. 13. Jan. Bei den Bankier Propper wurden neue Papiere beschlagnahmt, wovon mehrere von großer Wichtigkeit sein sollen. Wie verlautet, enthielten dieselben die Korrespondenz und das Checkbuch Artons. Die Auffindung dieser Dokumente rief in parlamentarischen Kreisen eine lebhafte Bewegung hervor. Dem Vernehmen nach wird Maujan in der morgigen Sitzung der Panama-Untersuchungskommission eine Frage nach den Beziehungen Cottus zu den Deputirten der Rechten im Jahre 1888 aufwerfen, sowie nach 250 Inhaberbörsen, welche Cottu übergeben worden sind und wovon jede Spur verschwunden ist.

Handel und Verkehr.

London. 10. Jan. [Höpfenbericht von Langstaff, Ehrenberg u. Pollat.] Der Markt ist ruhig. Preise sind jedoch fest. Die Nachfrage beschränkt sich beinahe ausschließlich auf brauchbare gesunde Englische, die billig offerirt werden und auf Kalifornische, die in bedeutenden Quantitäten jetzt hier ankommen und abgehen, sobald sie an den Markt kommen, wegen der mäßigen Preise, zu denen sie offerirt werden. Kontinental-Hopfen sind dagegen schwer verkäuflich, obwohl sie hier billiger offerirt werden, wie auf dem Kontinent. Der Import während der drei letzten Jahre betrug 1890: 188.028 Str., 1891: 195.264 Str., 1892: 187.507 Str., und der Export 1890: 12.372 Str., 1891: 11.238 Str., 1892: 10.702 Str.

Marktberichte.

Bromberg. 12. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140—148 M., feinst über Rott. — Roggen 115—120 M., feinst über Rott. — Getreide nach Qualität 120—125 M. — Brau 126—135 M. — Erbsen, Futter 122—130 M. — Kocherbsen 140—150 M. — Hafer 130—136 M. — Spiritus 70er 31,00 Mark.

Buderbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	11. Jan.	12. Jan.
sein Brodräffinade	27,75 M.	27,75 M.
sein Brodräffinade	27,50 M.	27,50 M.
Gem. Raffinade	27,25—28,00 M.	27,25—28,00 M.
Gem. Wels L.	26,25 M.	26,25 M.
Kristallzucker I.	—	—
Würzelzucker II	29,00 M.	29,00 M.

Tendenz am 12. Januar, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

11. Jan.

12. Jan.

	11. Jan.	12. Jan.
Graumüller Zucker	—	—
Wortz. Rend. 92 Proz.	14,65—14,75 M.	14,65—14,75 M.
dto. Rend. 88 Proz.	13,90—14,10 M.	13,90—14,10 M.
Rachyr. Rend. 75 Proz.	11,00—11,75 M.	11,00—11,75 M.

Tendenz am 12. Januar, Vormittags 11 Uhr: Stetig.

Marktpreise zu Breslau am 12. Januar

Festsetzungen	gute	mittlere	gering.	Ware
der städtischen Markt-Rottungs-Kommission.	Höchst.	Mittel.	Höchst.	Mittel.
Weizen, weißer	15,30	15,10	14,80	14,30
Weizen, gelber	pro	15,20	15	14,70
Roggen	18,40	18,10	12,90	12,60
Gerste	100	14,60	13,90	12,90
Hafer	Kilo	13,10	12,90	12,50
Erbsen	16	15	14,50	14

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.
feine mittlere ord. Waare.

Raps per 100 Kilogr. 22,— 21,— 19,20 Mkt.
Winterrüben . . . 21,20 20,20 19,20

Breslau. 12. Jan. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht) Roggen p. 1000 Kilo. — Getrockigt — Br., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Jan. 134,00 Gd., April-Mai 136,00 Gd. Mai-Juni 137,00 Gd., Juni-Juli 138,00 Gd. Hafer (p. 1000 Kilo) p. Jan. 130,00 Br. Rüböl (p. 10 Kilo) p. Jan. 51,00 Br. April-Mai 51,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faz. excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gekündigt — Liter, abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Jan. 50er 49,40 Gd. Jan. 70er 30,00 Gd. April-Mai 31,50 Gd. Bier. ohne Umsatz. Die Bierkommission.

** Leipzig. 12. Jan. [Wolbericht] Sammzug-Termin-Handel. La Plata. Grundmuster B. p. Jan. 3,62½ M., v. Febr. 3,62½ M., p. März 3,65 M., v. April 3,65 M., p. Mai 3,67½ M., v. Juni 3,75 M., p. Juli 3,75 M., v. August 3,77½ M., per September 3,77½ M., per Oktober 3,80 M., per November 3,80 M., per Dezember 3,80 M. Umsatz 45.000 Kilogramm.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
Stunde	66 m Seehöhe.			
12. Nachm. 2	754,3	NW stark	bitter	— 6,9
12. Abends 9	755,6	NW frisch	bitter	— 12,6
13. Morgs. 7	754,0	NW frisch	bedeut	— 12,0
Am 12. Jan.	Wärme-Maximum	6,9° Cel.		
Am 12.	Wärme-Minimum	— 12,6°		

Produkten- und Börsenberichte.

Kondensatur.

Breslau. 12. Jan. (Schlußkurse.) Rückgang. Neue Proz. Reichsanleihe

Grocer 53 Pf., Armour 53 Pf., Kiche u. Brother (pure) — Pf. Kaffee 46 Pf.
Spec. Sehr fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar- Februar-Ablösung short clear middl. 47, long clear middl. 46. Wolle 187 Bollen Umsatz.

Tabak. 255 Padden Brasil, 91 Seronen Carmen, 186 Seronen Habanah.

Bremen, 12. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins

5proz. Nordb. Wollämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien

170 Br., 5proz. Nordb. Bloyd-Aktien 97% bez.

Hamburg, 12. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1 lo fest,

holsteinscher loko neuer 155—158. — Roggen loko fest meclend.

loko neuer 136—140, russ. loko fest transito 112—114 no. —

Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl unverz. ruhig, loko 51

— Spiritus loko fest, v. Jan. 22% Br., v. Jan.-Februar

22% Br., v. April-Mai 22% Br., v. Mai-Juni 23% Br.

— Kaffee ruhig, Umsatz 3000 Sad. — Petroleum ruhig.

Standard white loko 5.20 Br., v. Febr.-März 5.15 Br. — Wetter:

Frost.

Hamburg, 12. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good

over. ge Santos per Jan. 80%, der März 78%, per Mai 76%,

Sept. 76%, v. Dez. — Behauptet.

Hamburg, 12. Jan. Budermarkt. Schlussbericht. Rübzen-

Rübzen I. Produkt Bosis 88 p.C. Rendement neue Usance frei

an Bord Hamburgo per Januar 14.20, März 14.37%, per Mai

14.52%, Sept. 14.37%. Ruhig.

West, 12. Jan. Produktenmarkt. Weizen fest, per Früh-

jahr 7.57 Gd., 7.59 Br., v. Herbst 7.47 Gd., 7.49 Br. Hafer

per Frühjahr 5.47 Gd., 5.49 Br. Mais per Mai-Juni 1898 4.71

Gd., 4.73 Br. Kohlraps per August-Sept. 11.40 Gd., 11.45 Br. —

Wetter: Kalt.

Paris, 12. Jan. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen beh.,

v. Januar 21.90, v. Februar 21.90, v. März-April 22.20, v.

März-Juni 22.50. — Roggen fest, v. Januar 13.90, v.

März-Juni 14.50. — Mehl beh., v. Januar 4.80, per Febr.

4.80, v. März-April 4.90, v. März-Juni 4.90. — Rüböl

ruhig, v. Jan. 56.75, v. Febr. 57.00, v. März-April 57.50, v. März-

Juni 57.75. — Spiritus ruhig, v. Jan. 46.25, v. Febr. 46.50,

per März-April 46.50, v. Mai-August 46.75. — Wetter: Kalt.

Paris, 12. Jan. (Schluss.) Rübzen beh., 88 Proz. loko

38.50 à 38.75. Wetter: Buder beh., Nr. 3, per 100 Kilogr. v. Jan.

40.75, v. Febr. 41.00, v. März-Juni 41.62%, v. Mai-Aug.

42.25%.

Havre, 12. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler

u. Co.), Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Haiffe.

Nr. 11.000 Sad, Santos 10.000 Sad Rezette für gestern.

Havre, 12. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Biegler

u. Co.), Kaffee, good average Santos, v. Jan. 10.25, v. März

98.75, v. Mai 96.00. Ruhig.

Amsterdam, 12. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56%.

Amsterdam, 12. Jan. Banceszim 55

Amsterdam, 12. Jan. Getreidemarkt. Weizen höher, v.

März 180, v. Mai 181. — Roggen höher, v. März 138, v.

Mai 138.

Antwerpen, 12. Jan. Petroleumsmarkt. (Schlussbericht). Raf-

fineries Type weiß loko 13 bez. u. Br. v. Febr. 12% Br.,

per Febr.-März 13% Br., v. Sept.-Dez. 13% Br. Fest.

Antwerpen, 12. Jan. (Telegr. der Herren Wilfens und

Com.) Wolle. La Plata-Bug, Type B, v. Februar 4.45

Käufer, Mai 4.52%, Juni 4.60 Käufer.

Antwerpen, 12. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1/4 höher.

Roggen behauptet. Dauer fest. Gerste unbefestigt.

London, 12. Jan. 96 p.C. Javazunder loko 16% ruhig, Rübzen-

Rübzen loko 14% fest.

London, 12. Jan. Chilli-Kupfer 46% per 3 Monat 46%.

Glasgow, 12. Jan. Robeisen. (Schluss.) Mixed numbers

warrants 42 lb. 9 d.

Liverpool, 12. Jan. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner

good ordinary 5, do. low middling 5%, Amerikaner middling

51%, middling fair 5%, Bernam fair 5%, do. good fair 5%,

Ceara fair 5%, do. good fair 5%, Egyptian brown fair 5%,

fair 5%, do. do. good 5%, Peru rough fair —, do. do. good

fair 6%, do. do. good 5%, do. fine —, do. moder. rough fair 5%,

do. do. do. good fair 4%, do. do. good 4%, do. smooth fair

5%, do. do. good fair 5%, M. G. Broach good 4%, do. fine

4%, Dholera good 4%, do. fully good —, do. fine 4%, Domra

good 4%, do. fully good —, do. fine 4%, Scinde good fair —,

do. good 4%, Bengal fully good —, do. fine 4%.

Liverpool, 12. Jan. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle

Umfang 7.000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Baller.

Amerikaner träge, 1/10 niedriger, Surats ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5%, Ver-

käuferpriis, März-April 5%, do. Mai-Juni 5%, Käuferpreis,

Juli-Aug. 5%, do.

Newyork, 11. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-

York 9%, do. in New-Orleans 9%, Nass. Petroleum Standard

white in New-York 5.40, do. Standard white in Philadelphia

5.35 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5.35, do. Pipeline

Certificates, pr. Februar 54. Stettig. Schmalz loko 10.95, do. Rohe

u. Brothers 11.25. Zucker (Fair refining Muscovad.) 3. Mais

(New) v. Jan. 51%, v. Febr. 52, v. Mai 53. Rother Winter-

weizen loko 82%, Kaffee Rio Nr. 7. 16%. Mehl (Spring clears)

2.95. Getreidefracht 1%, — Kupfer 12.25—12.50. Rother Weizen

v. Jan. 80%, v. Febr. 81%, v. Mai 84%, v. Juli 85%.

Kaffee Nr. 7 low ord. v. Febr. 15.70, v. April 15.50.

Chicago, 11. Jan. Weizen v. Januar 75%, v. Mai 81%,

Mais v. Januar 42%. Spec short clear —. Pork v.

Januar 18.35.

Newyork, 12. Jan. Weizen fr. Jan. 79%, C. ir Februar

80%, C.

Berlin, 13 Jan. Wetter: Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 12. Jan. Die heutige Börse eröffnete in matter

Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem

Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplägen vorliegenden

Tendenzenmehrungen, weniger günstig lauteten. Das Geschäft ent-

wickelte sich im Allgemeinen zu den ermäßigten Kursen ziemlich

lebhaft und im Verlaufe des Verkehrs machte sich bald in Folge

von Deckungskäufen wieder eine Befestigung der Haltung geltend.

Der Börsenschluß blieb fest. Der Kapitalsmarkt bewährte ziemlich

feste Haltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umläufen;

deutsche Reichs- und preußische Konjunktur. Anteilen waren behauptet,

nur 4% ob. unbedeutend abgeschwächt. Fremde, festen Bins tra-

gende Papiere waren weniger fest; russische Unterhändler und Roten

matter; auch Italiener schwächer; ungar. 4proz. Goldrente schließ-

lich fester. Der Privatbillsont wurde mit 1% Proz. notirt. Auf

internationalem Gebiet setzten österreichische Kreditanstalten etwas nie-

driger ein, befestigten sich aber weiterhin bei regerem Verkehr.

London und andere österreichische Bahnen ziemlich behauptet,

Büschlehrader fest; Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen

schwächer. Inländische Eisenbahnen ruhig; Lübeck-Büchen fester

Ostpr. Süddahn und Marienburg-Wislawka matter. Bankaktien in

den Kassawerthen wenig verändert; die spekulativen Devisen zeigten

durchschnittlich etwas niedriger ein, konnten sich aber weiterhin

wieder etwas erhöhen; Diskonto-Kommandit- und Berliner Han-

delsgesellschafts-Anteile belebt. Industriepapiere ruhig und be-

hauptet; Schiffsfabrik-Aktien fest; Montanwerthe nach schwächerer

Öffnung befestigt und zeitweise lebhafter.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Jan. In Newyork ist der Preis für Weizen

gestern ferner gestiegen; auch in Paris und Amsterdam waren die

Märkte fest, dagegen zeigten die englischen Plätze eine reservirte

Haltung. An der hiesigen Getreidebörse war die Tendenz heute

jezt fest. Weizen stieg bei regen Umläufen um 2%.

In Newyork war starke Nachfrage für Deckungen, doch waren auch

größere Kommissionshäuser als Abgeber am Markt. Die Preise

waren bis um 2% höher.

Feste Unrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 100 Rub.

■ 320 M. 4 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 4 Gulden holl. W. ■ 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 P. seta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 12. Jan.

Brnsch. 20 T.L. — 104,80 B.

Cöln-M. Pr.-A. 31/2 132,70 bz B.

Dess.-Präm.-A. 31/2 20,34 bz

Ham. 50 T.L. 31/2 140,50 G.